



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

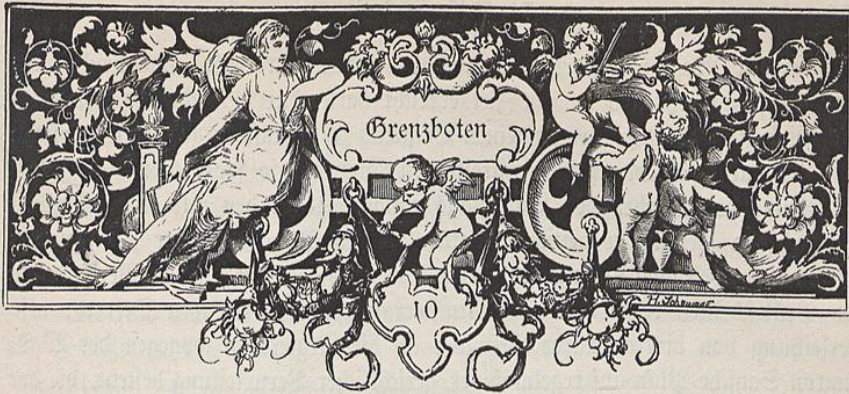
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Krisis in Paris.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Krisis in Paris.



ie durch das Manifest des Prinzen Napoleon hervorgerufene Parlaments- und Ministerkrisis ist zwar insofern beendet, als man ein neues Kabinet hat, aber noch läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, wie der Konflikt zwischen Senat und Deputirtenkammer zu schlichten sein wird. Einen Augenblick konnte man eine Verständigung hoffen. Es war, als die Kommission der Kammer, die zur Vorberatung der Gesetzentwürfe in Betreff der Prätendenten gewählt worden war, den vom Senat angenommenen Entwurf Waddingtons und Leon Sajs einstimmig und ohne Diskussion abgelehnt, dann mit geringer Mehrheit auch den Antrag Barbey's verworfen und schließlich den ersten Vorschlag Floquets angenommen hatte, die Ausschüsse der drei Fraktionen aber, in welche die Linke des Hauses zerfällt, der radikalen Linken, der demokratischen Union und der republikanischen Union, unter Verwerfung des Floquetschen Antrags den Barbey'schen gutgeheißen hatten, sodaß die Mehrheit der Deputirten mit der Mehrheit der genannten Kommission nicht übereinstimmte, sondern sich einem Vorschlage zuneigte, der einen Kompromiß zwischen den beiden Kammern der französischen Gesetzgebung zu ermöglichen schien. Das Plenum der Kammer beschloß demgemäß. Es war dabei an den sehr natürlichen Wunsch des Abgeordnetenhauses zu denken, die mehr oder minder strenge Fassung des in Rede stehenden Gesetzes nicht zu einer Frage seiner eignen Existenz werden zu lassen; denn daß eine Auflösung der Kammer für den Fall der Nichtverständigung mit dem Senate bevorstand, schien kaum fraglich, und eine solche Maßregel würde die Schwierigkeiten der Lage, die sich in den letzten Wochen entwickelt hat, wesentlich erhöht haben. Eine Verständigung zwischen den beiden Körperschaften würde natürlich einem für den Stolz und — die Börsen der Herren Volksboten so verdrießlichen Ereignis

Grenzboten I. 1888. 62

gebnisse den Weg verlegt haben, und es war andererseits unwahrscheinlich, daß der Senat jetzt, wo er sein Ziel erreicht hatte, durch Nachgeben, soweit er nach seinen Grundsätzen vermag, einen Vergleich zu erleichtern geneigt sein würde.

Vermutlich werden sich die streitenden Parteien, so sagte man sich, zuletzt auf Grund des Barbeyschen Vorschlags einigen, gegen den nur eine Mehrheit von sechzehn Senatoren gestimmt hatte. Dieser Plan, der nur eine geringe Veränderung des vom Kabinet entworfenen Gesetzes bedeutet, will die Verbannung von Prätendenten kraft eines im Ministerrate zu beschließenden Dekrets, also Verleihung von diskretionärer Befugnis an die Regierung, wogegen der Waddington-Sayische Plan auf regelmäßiger gerichtlicher Verurteilung besteht, die der Ausweisung eines gegen die Gesetze verstößenden Prinzen vorausgehen müsse. Hier einen Mittelweg zu finden, schien nicht leicht, aber auch nicht unmöglich zu sein. Bis jetzt ist er indeß nicht gefunden. Der Senat hat den Barbeyschen Plan mit geringer Majorität abgelehnt.

Betrachten wir den Gang, den die Dinge in der letzten Woche in Paris genommen haben, etwas näher. Der Senat nahm nach Ablehnung des Proskriptionsgesetzes, welches die Regierung mit der Deputirtenkammer vereinbart hatte, den Waddington-Sayischen Gesetzentwurf an. Derselbe vermied die Befugnis der Regierung, nach Belieben durch Dekret zu verbannen, er schloß die Bestrafung der orleanistischen Prinzen für Verbrechen, die von Häuptern der Bonapartisten begangen worden, aus, was gegen das sittliche Gefühl vieler gemäßigten Republikaner verstieß, und er schlug vor, gesetzlich zu bestimmen, „daß jedes Glied einer Familie, die über Frankreich regiert hat, wenn es öffentlich als Prätendent auftritt oder sich einer Kundgebung schuldig macht, die geeignet ist, die Sicherheit des Staates zu gefährden, durch Verbannung bestraft werden soll. Die gedachte Person soll vor die Assisen oder vor den Senat, der sich zu dem Zwecke in einen Gerichtshof zu verwandeln hat, zur Aburteilung gebracht werden.“ So sollte die Schuld eines Prätendenten nicht durch seine Gegner und Verfolger, sondern durch ordentliche und unparteiische Untersuchung vor einem Tribunal festgestellt werden, und das Fallenlassen der Anklage gegen den Prinzen Napoleon sowie dessen Freigebung aus der Haft hat bewiesen, daß es in Frankreich noch Richter giebt, die sich von politischer Leidenschaft nicht bezirren lassen und Gerechtigkeit üben, selbst wenn es sich dabei um einen Prinzen handelt, der sehr unbeliebt und wenig geachtet ist. Es ist äußerst zweifelhaft, ob selbst nach dem jetzt vorgeschlagenen Gesetze das Anschlagen oder die sonstige Bekanntmachung eines Manifestes, wie das des Prinzen Jerome war, als „Handlung eines Prätendenten“ aufgefaßt werden könnte, während es eine geradezu lächerliche Behauptung sein würde, zu sagen, es sei „eine Kundgebung, geeignet, die Sicherheit des Staates zu gefährden.“ Das ärgste, was man davon sagen könnte, wäre, es sei eine Schmähung der Republik, unterzeichnet von jemand, der sich enthalten habe, seinen Familiennamen hinzuzufügen. Dann aber wäre

es doch kein Verstoß gegen das französische Gesetz, unter ein Dokument nur seinen Taufnamen zu setzen, wie man dies bei Briefen an Verwandte und Freunde zu thun pflegt. Die bloße Unterschrift „Napoleon“ schließt so wenig das Verbrechen des Hochverrats in sich, als die unter einen Brief gesetzten Namen „Adolphe“ oder „Leon“ bewiesen haben würden, daß Thiers oder Gambetta sich mit der Hoffnung getragen hätten, einmal den Thron Frankreichs zu besteigen.

Wir sind der Meinung, daß es eine noblere Politik gewesen wäre, wenn die gemäßigten Republikaner dem Hindrängen der Radikalen auf persönliche Proskription nicht nachgegeben hätten. Indes mag es vom politischen Standpunkt aus betrachtet klüger erscheinen, der äußersten Linken nicht zu gestatten, daß sie sich ein Aktionsgebiet wählt, das ihr große Vorteile darbietet. Die fortgeschrittenen Politiker in Frankreich nehmen den Standpunkt nicht ein, auf dem unsre meisten Liberalen der persönlichen Freiheit, der politischen Gerechtigkeit und der gesetzlichen Gleichheit gegenüberstehen. In mehrereren Sprachen kommt das Sprichwort vor: In Liebesachen und Krieg sind alle Mittel recht, die Franzosen aber fügen hinzu: auch in der Politik, und darnach verfahren sie. Wenn eine Dynastie untergraben, ein Ministerium angegriffen, eine Partei diskreditirt, eine hervorragende Persönlichkeit verhaßt gemacht werden soll, halten sie vor keiner Verleumdung still, greifen sie nach jedem Geschos und nehmen sie Verbündete aller Art an — beiläufig wie unsre Fortschrittsleute von der Sorte Richters. Die Führer des linken Zentrums wollen zwar für ihre Person nichts von den Verfolgungstheorien der Radikalen wissen, müssen aber an die Mehrzahl in ihrer Wählerschaft denken, wo man die Prinzen des Hauses Orleans mit Übelwollen und Mißtrauen betrachtet. Ihr Reichthum erweckt Neid, ihre stille und wenig anspruchsvolle Lebensweise giebt dem Demagogentum Anstoß, und ihre allen abenteuerlichen Unternehmungen fremde Vergangenheit flößt eine Art von Geringschätzung ein. Sie haben weder große Tugenden noch Laster, sie erfüllen weder mit Bewunderung noch mit Begeisterung, nur mit kalter Abneigung. Seit ihrer Rückkehr nach Frankreich haben sie sich wachsam und rührig bemüht, den Wind mit ihren Segeln zu fangen, aber ihre politische Navigationskunst hat nur den Erfolg gehabt, den historischen Eindruck, den Ludwig Philipp hinterließ, zu vertiefen. Niemals waren sie aufrichtige Royalisten, niemals ehrliche Republikaner. Als die nach dem Kriege gewählte Nationalversammlung eine monarchisch gesinnte Mehrheit zeigte, verschafften sich die Prinzen im Widerspruche mit Thiers mittelst eines Handelsgeschäfts ein Votum, das ihnen ihre Güter und ihren militärischen Rang zurückgab. Der Preis dafür war der Besuch des Grafen von Paris in Frohsdorf, wo er praktisch für den „Hochverrat“ seines Großvaters Buße that und der dreifarbigten Fahne entsagte. Aber ein Glied der interessanten Familie, der Herzog von Nemours, that nicht mit, er weigerte sich, die Wallfahrt zum „Koy“ anzutreten

und bezeugte öffentlich seine Achtung vor den nationalen Farben. Es war wie mit gewissen liberalen Kronprinzen, welche mit der liberalen Opposition gegen die Regierung des konservativen Königs liebäugeln: alle Parteien sollen durch die Dynastie beachtet, befriedigt und gewonnen werden. Seit jener Zeit haben die Prinzen sich zuwartend verhalten. Faßte die Republik feste Wurzel und blieb sie konservativ, so konnten sie hohe Stellen in Anspruch nehmen; kam das Königtum wieder empor, so konnte man ihnen ihren Platz am Hofe nicht bestreiten. Das war vielleicht recht politisch gedacht, und eine kluge und starke Regierung würde diese vorsichtigen, nach allen Möglichkeiten hinschielenden Herren mit Lächeln betrachten können, aber abgesehen von einem kleinen Kreise alter Bekannten fühlte es niemand sehr, als sie jetzt mit Absetzung und Ausweisung bedroht wurden. Man war allgemein überzeugt, daß sie sich recht wohl selbst zu helfen wissen, und selbst die Gegner der neuen Verbannung traten in ihren Reden nur platonisch auf. Wenn sie daher das linke Zentrum mit seinem Schilde hätte decken wollen, so würde das von ernstlichem Nachteile für die konservative Republik sein. Unter den unwissenden Radikalen der großen Städte und ebenso in einigen demokratisirten Landkreisen würden selbst Männer, die der Republik so eifrig ergeben sind wie Clémenceau, als Genossen einer Verschwörung zur Wiederherstellung des Königtums gebrandmarkt worden sein, wenn sie sich der orleanistischen Prinzen angenommen hätten, und selbst Politiker, die an eine so abgeschmackte Beschuldigung nicht geglaubt hätten, würden sie aus Parteigründen weitergetragen haben. Jeder kaltgestellte gemäßigter Republikaner hat eben für einen fortgeschritteneren Platz gemacht und ihm Aussicht auf ein Amt wenigstens für ein paar Wochen eröffnet. Das ist das Ziel des Ehrgeizes bei der großen Mehrzahl der Deputirten. In der Politik wie im Kriege wird ein guter General die Schlacht womöglich so lange vermeiden, bis er ein günstiges Terrain dazu findet. Die Verteidigung der Prinzen wäre, obwohl sie zugleich die Verteidigung des Prinzips strenger Gerechtigkeit und gleichen Rechts für alle gewesen wäre, ohne Zweifel das ungeeignetste Terrain gewesen, das die gemäßigten Republikaner hätten wählen können. Wenn die jetzige Verwirrung vorüber sein wird, werden sich andre Gelegenheiten finden. Eines Tages werden die Radikalen, nachdem sie Blut geschmeckt haben, mit dem Senat Streit über irgend einen Vorschlag anfangen, der auf Wiederbelebung des Jakobinertums von 1793 hinausläuft. Dann kann ein Ministerium von gemäßigten Männern gelassen zu Frankreich sagen: Wähle zwischen uns und der äußersten Linken. Entscheide dich für eine Republik stark und sicher, weil klug und kaltblütig, oder eine Republik, welche den alten Kampf gegen Religion, Eigentum und persönliche Sicherheit wieder entzündet, der Frankreich sechs Jahre hindurch verwüstete und schwächte, der mit der Schreckensherrschaft begann und unausbleiblich mit dem 18. Brumaire endigen mußte. Ein so befragtes Frankreich wird frei wählen können und keinen Sprung ins Dunkle und Bodenlose

hinein thun, und der Ausgang der Sache wird nicht in Verwirrung gebracht werden durch die Verbindung ehrlicher und maßvoller Republikaner mit Prinzen, die wenig Freunde zählen.

Kommt es jetzt noch zu einer Verständigung der Mehrheit in der Deputirtenkammer mit derjenigen im Senate, so wird das als ein hoffnungsvolles Zeichen für die nächste Zukunft Frankreichs zu betrachten sein. Es würde aussehen, als ob sich die Hinneigung zu Kompromissen, die das leitende Prinzip bei aller praktischen Politik ist und die bei den Franzosen der Gegenwart schon mehrmals hervortrat, weiter entwickelt hätte. Nachdem man vor einiger Zeit beschlossen hatte, die Richterstellen durch Volkswahl zu besetzen, zog die Kammer diesen Beschluß noch einmal in Betracht und verwarf ihn daraufhin. Die zwangsweise Abschaffung aller Eide vor Gerichtshöfen wäre ebenfalls einmal beinahe durchgegangen, aber zuletzt trat eine Reaktion des gesunden Menschenverstandes gegen die Maßregel ein, und man beschloß, daß die Anrufung des Namens Gottes von seiten eines Zeugen von den Weltkindern, die das Land regieren, weiter geduldet werden könne. Auch die jetzige Krisis hat mehrere Vermittler und verschiedene Mittelwege von dem Fabreschen Antrage, der ein Kompromiß zwischen den Vorschlägen der Regierung und Floquets war, bis zu dem Waddington-Sayschen und dem Barbey'schen hervortreten lassen.

Und nunmehr ein paar Worte über die jetzt beendigte Ministerkrisis und das neue Kabinet. Seit Duclerc, General Billot und Admiral Lauréguiberry zurückgetreten sind, bestand das Kabinet nur als Torso fort, denn die wichtigsten Glieder fehlten. Böswillige Kritiker sollen gemeint haben, daß Frankreich ohne alle Minister ungefähr so gut verkommen könne als mit Ministern. Das ist indeß nicht ganz richtig; denn obwohl der bisherige Stand der Dinge den Vorteil hatte, daß ein Departement, das ohne Minister war, sich vor den Mißgriffen gesichert sah, die sonst begangen werden konnten, so war es doch bisweilen verdrießlich für einen hohen Beamten, zum Exempel für einen Gesandten oder Botschafter, im Auswärtigen Amte niemand als den Portier oder den Botenmeister anzutreffen. Ernsthaft gesprochen aber machte es, als Fallières am Morgen des 13. Februar den Rücktritt des Kabinet's verkündigte, nur wenig Eindruck. Niemand war überrascht oder betroffen von der Neuigkeit. Nur darüber konnte man sich einigermaßen wundern, daß der scheidende Premier es für notwendig hielt, sein Abschiedsgesuch doppelt zu begründen, mit der Verwerfung der Regierungsvorlage im Senat und mit dem üblen Stande seiner Gesundheit. Jeder von beiden Gründen würde genügt haben, aber der zweite schwächte offenbar die Kraft des ersten ab. Natürlich ersuchte der Präsident Grévy die Minister, einstweilen die Geschäfte fortzuführen, bis er Ersatz für sie gefunden habe. Jetzt ist das geschehen, indem Ferry ein neues Kabinet gebildet hat.

Das Vorleben des neuen Premierministers bezeichnet ihn als den Mann, den sich die radikalen Republikaner für die jetzige Lage der Dinge wünschen.

Nachdem sie Ausnahmegesetze gegen die Prinzen nicht durchzusetzen vermocht haben, wollen sie durch Dekrete der Regierung zum Ziele gelangen, wie vor drei Jahren, wo Jules Ferry das Werkzeug war, mit dem die Ausweisung der „nicht autorisirten“ religiösen Gesellschaften durchgeführt wurde. Da sich unter diesen harmlose und sehr nützliche Leute befanden, so verwarf der Senat die Klausel des betreffenden Gesetzentwurfes, den Artikel 7. Darauf entschloß sich das Ministerium zu sofortiger Austreibung der sehr unbeliebten Jesuiten. Aber Freycinet, damals an der Spitze des Kabinetts, dachte an eine Verständigung mit dem Papste wegen der übrigen Orden und Kongregationen, und dies versetzte die von Gambetta am Drahte gelenkten Radikalen in Zorn. Freycinet fiel, und Ferry wurde sein Nachfolger. Unter seiner Leitung begann der bekannte Krieg gegen die Ordenshäuser und die religiösen Embleme in den Schulen, der zu sehr widerwärtigen Auftritten führte, in dem es wiederholt vorkam, daß während der Schulstunden Arbeiter mit Leitern, Äxten und Hämmern in die Klassenzimmer drangen und die dort angebrachten Kreuzfige wegrißen und entfernten. Durch dieses Verfahren erwarb sich Ferry bei der äußersten Linken eine gewisse Beliebtheit. Er erfand ferner die Krumirs, zwang dem Bei von Tunis den Bardovertrag auf und vollzog die praktische Einverleibung des Landes. In der innern Politik versuchte er, als Gambetta das Listenstrutinium in der Kammer durchsetzte, einen Mittelweg einzuschlagen. Er war bereit, als jenes im Senate durchfiel, sich darein zu fügen und sich der „Revision“ der Verfassung zu widersetzen, die damals das Kriegsgeschrei der Radikalen war und Abschaffung des Senates bedeutete. Indes hoben die neuen Wahlen Gambetta auf die höchste Stufe seiner Macht, und Ferry trat zurück, um dem Exdiktator am Staatsruder Platz zu machen. Man wird hieraus ersehen, daß Jules Ferry eine aggressive Politik sowohl zu Hause als auswärts vertritt; er ist ebenso bereit, die Jesuiten zu bekämpfen als die Krumirs.

Erfüllt das neue Kabinet den Wunsch der Radikalen durch Ausweisung des Prinzen Napoleon und Entfernung der orleanistischen Prinzen aus der Armee, so wird es sich für einige Zeit die Unterstützung einer Kammermehrheit sichern, die aus Gambettisten und der Linken besteht. Die Deputirtenkammer zählt 532 Mitglieder, von denen indes selten mehr als 500 anwesend sind. Den beiden linken Flügeln mögen zusammen etwa hundert und den beiden rechten etwa ebensoviel Abgeordnete angehören, sodaß circa 300 auf das Zentrum kommen. Sahrelang ist es der Traum der konservativen Republikaner gewesen, die beiden Zentren zu verschmelzen und so den Anarchisten auf der einen und den Monarchisten auf der andern Seite in wohlverschauzter Stellung Trotz zu bieten. Das hat sich indes bisher als unmöglich erwiesen. Gambetta konnte sich nie entschließen, mit den Republikanern vom Typus Jules Simons gemeinschaftliche Sache zu machen, und ebenso zögerte er, mit der Partei Clémenceau auf deren Bedingungen hin ein Bündnis zu schließen. Er wollte sich zwischen

zwei Stühle setzen und fiel darüber natürlich zu Boden. Das Kabinet Ferry ist augenscheinlich eine Rekonstruktion des Ministeriums Gambetta, jedoch mit einiger Zuthat von der Linken. Es nähert sich den Ideen Clémenceaus dermaßen, daß eine Umbildung, welche diesen und Floquet einschloffe, keineswegs unmöglich ist.

Zum Schlusse noch einen kurzen Blick auf den Urheber der ganzen unerfreulichen Krisis. Begleitet von seinem jüngern Sohne, hat der Prinz Napoleon Paris bald nach seiner Freigebung verlassen, um nach England abzureisen und der Kaiserin Eugenie einen demonstrativen Besuch abzustatten. Das Suffrage Universel, ein Organ der Imperialisten, bringt die Nachricht, der Prinz gedenke binnen kurzem seinen Wohnsitz nach Brüssel zu verlegen, wo jeden Sonntag unter seinem Vorsitz ein großer Rat, zusammengesetzt aus bonapartistischen Senatoren, Deputirten und andern Politikern, sich versammeln und die Interessen der Partei erörtern solle. Rouher wird sich der Reorganisation der Partei in Paris persönlich widmen. In der Hauptstadt werden mehrere neue Blätter gegründet werden, und in den Provinzen wird man eine Anzahl bonapartistischer Komitees einrichten. Diese erneute Rührigkeit ist das natürliche Ergebnis des groben Mißgriffes, den das Kabinet Duclerc mit der Verhaftung des Prinzen Napoleon beging, welcher in dieser Angelegenheit nicht ohne Geschick und Mut handelte.



Innocenz III. und das deutsche Reich.



ehr als ein Jahrzehnt ist vergangen, seitdem nach beispiellosen Siegen über einen äußern Feind Kaiser Wilhelm durch die Wahl der deutschen Fürsten, die sich seiner Größe willig fügten, an die Spitze des deutschen Volkes trat und die Gegenwart desselben durch diesen bedeutungsvollen Akt wiederum mit seiner großen Vergangenheit verband, in welcher „Kaiser und Reich“ in der Welt die erste Stelle einnahmen. Kaiser und Reich! Wer dächte, wenn er diese Worte hört, nicht zurück an die Glanzzeit der mittelalterlichen Geschichte, an die Zeit des erhabenen Geschlechts der Hohenstaufen! Wer dächte aber auch nicht daran, daß dieses edle Geschlecht, dessen erste Glieder nahe daran waren, eine Erbmonarchie zu gründen und dem Jammer der Königswahlen ein Ende zu machen, also schon damals zu erreichen, was nun mit unserm Kaiser eingetreten ist, im Kampfe mit dem Papsttum zu Grunde gegangen ist! Bis zum Jahre 1198 leuchtete sein Stern in ungetrübtem Glanze, und des Reiches Macht und Ansehen hob